

Niederschrift

über die 3. öffentliche Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, den 12.05.2005
im Sitzungssaale des Rathauses.

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 22:20 Uhr

Anwesende:

Bgm. Engelbert Stenico, Vorsitzender
1. Bgmstv. Mag. Manfred Weiskopf
2. Bgmstv. Ing. Helmut Waltle
St.R. Ing. Bernhard Wolf
St.R. Mag. Manfred Jenewein
St.R. Hubert Niederbacher
St.R. Konrad Bock
GR. Eva Lunger
GR. Richard Reinalter (ab 18:30 Uhr)
GR. Stefan Oberdorfer
GR. Norbert Lettenbichler
GR. Markus Gerstgrasser
GR. Dipl.-Ing. Andreas Pfenniger
GR. Huber Franz
GR. Waltraud Handle
GR. Ing. Thomas Hittler
GR. Mag. Kurt Leitl
GR.-Ers. Simone Luchetta
GR.-Ers. Günter Stürz (bis 18:30 Uhr)
GR.-Ers. Ing. Roland König

Abwesend und
entschuldigt:

GR. Clemens Wechner
GR. Mag. Martin Hochstätter

Weiters an-
wesend:

Dr. Engelbert Schneider
Ing. Konrad Sailer

Schriftführerin:

Sonja Streng

Tagesordnung

1. Niederschrift
2. Antrag des Stadtrates
(Vertrag mit TIGAS)
3. Anträge des Bau- und Wasserausschusses
(Grundverkauf an Wilhelm und Alois Lechleitner; Gp. 1772/7 in Perfuchsberg –
Ausscheidung aus dem öffentlichen Gut für Straßen und Wege; Öffentl. Stichweg
vom Leitenweg zum Haus Lettenbichler - Grenzbereinigung)
4. Antrag des Planungs- und Verkehrsausschusses
(Bebauungsplan Zangerl/Swietelsky)
5. Antrag des Umweltreferates
(Zusammenlegung der Forstaufsichtsgebiete Landeck und Stanz)
6. Antrag des Schul- und Kindergartenausschusses
(Volksschule Perjen – Ganztageschule)
7. Antrag des Wirtschaftsausschusses
(Parkmünzen)
8. Antrag des Sozial- und Wohnungsausschusses
(Wohnungsvergaben)
9. Anträge, Anfragen und Allfälliges
10. Personalangelegenheiten

Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen und stellt die Beschlussfähigkeit fest. In weiterer Folge wird Ing. Roland König als Ersatzmitglied angelobt. Des weiteren ersucht der Vorsitzende um Ergänzung der Anträge des Planungs- und Verkehrsausschusses betreffend Verpachtung von Abstellplätzen an die Fa. Swietelsky. Nachdem dies vom Gemeinderat zustimmend zur Kenntnis genommen wird, geht der Vorsitzende auf die Erledigung der Tagesordnung über:

Pkt. 1) der TO.: **Niederschrift**

Die Niederschrift über die 2. Sitzung des Gemeinderates im Jahre 2005 wird genehmigt und ordnungsgemäß gefertigt.

Pkt. 2) der TO.: **Antrag des Stadtrates**

Der Vorsitzende verliest nachstehenden Antrag des Stadtrates an den Gemeinderat:

Vertrag mit TIGAS

Auf Grund der Beratungen in der Stadtratssitzung vom 12.04.2005 beantragt der Stadtrat, der Gemeinderat möge den Dienstbarkeitsbestellungsvertrag – Rahmenbewilligung zur Benützung von öffentlichem Gut (Straßen und Wege) – mit der TIGAS-Erdgas Tirol GmbH sowie den Richtlinien für die Errichtung von unterirdischen Einbauten zum Zwecke der Erdgasversorgung der Stadtgemeinde Landeck seine Zustimmung erteilen. (Der Dienstbarkeitsbestellungsvertrag und die Richtlinien werden dieser Niederschrift als Bestandteil beige-schlossen.)

Der Vorsitzende erläutert, dass es im Vorfeld einige Gespräche mit der Fa. TIGAS gegeben habe und diese nunmehr beabsichtige, die Teilplanungen für die Weiterführung der Gasversorgungsleitungen bis Landeck aufzunehmen. In weiterer Folge habe er davon im Stadtrat berichtet und wurde darüber von den Mitgliedern des Stadtrates eine positive Stellungnahme abgeben. In der Zwischenzeit wurden die vorgelegten Dienstbarkeitsverträge und Richtlinien überprüft und seien diese in Ordnung, sodass darüber heute ein Beschluss gefasst werden könnte. Außerdem habe die TIGAS signalisiert, dass bei Problemen, die über den Rahmenvertrag hinausgehen, von Fall zu Fall Entscheidungen getroffen werden. Zudem sei zugesagt worden, dass bei Grabungsarbeiten durch die Stadtgemeinde Landeck ein Techniker der TIGAS kostenlos zur Verfügung gestellt werde. Bis zum Ende des Jahres werde die TIGAS nunmehr die Leitungsführung planen, 2006 werde die Verlegung in Landeck erfolgen und Ende des Jahres 2006, Anfang 2007 könnten dann die ersten Interessenten angeschlossen werden.

St.R. Bock spricht von einem epochalen Ereignis und ist überzeugt davon, dass es durch die beinahe schadstofffreie Verbrennung von Erdgas zu einer deutlichen Verbesserung der Luftqualität im Talkessel kommen werde. Außerdem regt er in diesem Zusammenhang an, mit den Wohnbaugesellschaften wegen eines Anschlusses in Kontakt zu treten. Zudem werde ein aktives Engagement der Stadtgemeinde Landeck notwendig sein und regt er an, gemeinsam mit der TIGAS eine Aufklärungskampagne zu starten.

Dazu teilt der Vorsitzende mit, dass die TIGAS bereits ein gutes Einvernehmen mit den verschiedenen Wohnbaugesellschaften habe und diese auch sehr positiv eingestellt seien. Außerdem werde auch eine Einbindung der städteeigenen Objekte (Altersheim, Klösterle, Schulen, ...) ins Auge gefasst. Zur Aufklärungskampagne bemerkt er, dass es auch ein besonderes Anliegen der TIGAS sei, Informationen in Form von verschiedenen Veranstaltungen an die Bevölkerung weiterzugeben.

GR. Mag. Leitl berichtet von seinen eigenen Erfahrungen mit der Benützung von Erdgas und unterstreicht die Wortmeldung, dass auch bei den eigenen Gebäuden über einen Anschluss nachgedacht werden sollte, denn die Stadt müsse eine Vorbildwirkung für die Bevölkerung ausüben.

GR.-Ers. Ing. König begrüßt die Weiterführung der TIGAS-Leitung bis nach Landeck und könnte er sich auch vorstellen, dass die Donau Chemie in Zukunft mit Erdgasheizung versorgt werden könnte. Allerdings hoffe er, dass die TIGAS eine andere Mentalität als die Tiwag beim gescheiterten Biomasse-Kraftwerk an den Tag lege und kundenfreundlich agiere.

St.R. Bock regt sodann an, dass es auch ein wesentlicher Punkt sein müsse, dass die TIGAS Anschlusssicherheit biete und sollte man stetig darauf drängen.

Der Vorsitzende bemerkt, dass er bisher sehr gute Erfahrungen mit der Fa. TIGAS gemacht habe und ist er davon überzeugt, dass dieses Projekt auch umgesetzt werde.

GR. Lunger berichtet von ihren positiven Erfahrungen als sie Kontakt mit der Fa. TIGAS wegen Ausführung der Bodenheizung im Schloss aufgenommen habe.

Insgesamt sprechen sich die Mitglieder des Gemeinderates positiv für die Versorgung mit Erdgas in Landeck aus und werden vorliegender Dienstbarkeitsbestellungsvertrag sowie die Richtlinien für die Errichtung von unterirdischen Einbauten zum Zwecke der Erdgasversorgung sodann einstimmig beschlossen.

Pkt. 3) der TO.: **Anträge des Bau- und Wasserausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Bau- und Wasserausschusses, St.R. Konrad Bock, den Vortrag. Er verliest nachstehende Anträge des Bau- und Wasserausschusses:

a) Grundverkauf an Wilhelm und Alois Lechleitner

Obige Grundwerber haben bei der Stadtgemeinde Landeck um die käufliche Überlassung einer Teilfläche aus der stadteigenen Gp. 1680/1, angrenzend an ihr Wohnhaus Lötzweg 32 angesucht. Dieses Grundstück, durch welches das Entlastungsgerinne der Runse Perjen verläuft, ist schon seit vielen Jahren an die Grundwerber verpachtet.

Der Bau- und Wasserausschuss hat sich mehrmals mit dem Grundansuchen befasst und beantragt den Verkauf der gewünschten Teilfläche im Ausmaß von ca. 45 m² um € 150,-/m². Das Entlastungsgerinne verbleibt nach wie vor auf Gemeindegrund, weshalb die von der Wildbachverbauung verlangte Dienstbarkeits-einräumung entfällt.

Der Gemeinderat wird hiermit um Beschlussfassung zum beantragten Grundverkauf an die Geschwister Alois und Wilhelm Lechleitner im Sinne dieses Antrages und den allgemeinen Grundverkaufsbedingungen der Stadt Landeck ersucht.

St.R. Bock merkt auf Anregung von Ing. Sailer an, dass im Kaufvertrag noch zu vermerken sei, dass bei eventuell notwendigen Instandhaltungs- bzw. Räu-

mungsarbeiten oder Baumaßnahmen des Entlastungsgerinnes Teile dieses erworbenen Grundstückes von der Stadtgemeinde Landeck in Anspruch genommen werden können.

Für diesen Antrag ergibt sich sodann Einstimmigkeit.

b) Gp. 1772/7 in Perfuchsberg – Ausscheidung aus dem öffentlichen Gut für Straßen und Wege

Bei der Gp. 1772/7 handelt es sich um eine in der DKM aufscheinende, alte Wegparzelle oberhalb der Baugrundstücke Oberdorfer - Dr. Siegele, welche schon seit vielen Jahren weder befahren noch begangen wird. Die Weganlage ist teilweise nicht mehr vorhanden und mit Bäumen bewachsen. Vermutlich handelte es sich um einen alten Viehtrieb von den Unter- zu den Oberhöfen.

Im Zusammenhang mit den bevorstehenden Grundverhandlungen für den geplanten Wegausbau im Bereich der Unterhöfe könnte die Wegfläche als gemeindeeigener Tauschgrund angeboten werden. Zu diesem Zweck ist diese Wegparzelle aus dem öffentlichen Gut für Straßen und Wege auszuscheiden.

Der Bau- und Wasserausschuss hat sich in seiner Sitzung am 21.4.2005 mit dieser Auffassung einverstanden erklärt und ersucht den Gemeinderat um Beschlussfassung im Sinne dieses Antrages.

Vorliegender Antrag des Bau- und Wasserausschusses wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

c) Öffentl. Stichweg vom Leitenweg zum Haus Lettenbichler - Grenzbereinigung

Im Zuge der Grundvermessung Nicolussi wurde festgestellt, dass der wegseitige Grenzverlauf der talseitig liegenden Grundstücke mit dem Katasterstand nicht übereinstimmt. Nachdem die Einfriedungsmauern größtenteils auf Gemeindegrund liegen wurden Flächenteilstücke aus der stadteigenen Gp. 1267/85 in Anspruch genommen.

Der Bau- und Wasserausschuss hat sich vor Ort über diese Angelegenheit informiert und kam zu der Anschauung, dass den Grundeigentümern wie seinerzeit bei der Grenzbereinigung Prandtauersiedlung der Kauf dieser Flächenteilstücke zu einem Preis von € 35,-/m² angeboten werden soll. In diesem Preis sind auch die Vermessungskosten enthalten. Bei der Wegeinmündung in den Leitenweg soll jedoch ein Teil des in Anspruch genommenen Grundstreifens beim Weg bleiben, damit eine Fahrzeugbegegnung außerhalb der Landesstraße möglich ist. Dieses Angebot haben alle Grundeigentümer zwischenzeitlich akzeptiert.

Der Gemeinderat wird hiermit ersucht, die nachstehend angeführten Flächenteilstücke aus der stadteigenen Gp. 1267/85 zum vorgenannten Preis wie folgt zu veräußern:

12 m² an Kaiser Helmut und Anna, Leitenweg 54
24 m² an Ernst Römer, Leitenweg 52
6 m² an Franz Thöni, Leitenweg 50
6 m² an Veronika Thöni, Leitenweg 48

Mit vorliegendem Antrag des Bau- und Wasserausschusses erklärt sich der Gemeinderat einstimmig einverstanden.

Pkt. 4) der TO.: **Anträge des Planungs- und Verkehrsausschusses**

a) Allgem. und ergänz. Bebauungsplan „A50E1 ANGEDAIR 2 – Zangerl/Swietelsky; Auflage/Beschlussfassung

Nach erfolgter Beratung in der Sitzung vom 6. April 2005 wird vom Planungs- und Verkehrsausschuss beantragt, den Entwurf des Allgemeinen und Ergänzenden Bebauungsplanes „A50E1 ANGEDAIR 2 – Zangerl/Swietelsky“ (gemäß §56 Abs. 3 TROG 2001), betreffend der Gp. 1852/4 und Bpn. 506, 505 und 1183 gemäß §65 ff TROG 2001, durch vier Wochen hindurch zur allgemeinen Einsichtnahme aufzulegen und – falls innerhalb dieser Auflagefrist keinerlei Stellungnahme einlangen – zu beschließen.

Dem Bebauungsplanentwurf liegt der Erläuterungsbericht und die planliche Darstellung des Stadtbauamtes Landeck zugrunde, in dem die Bebauungsbestimmungen festgeschrieben sind.

Für diesen Antrag ergibt sich Einstimmigkeit.

b) Verpachtung von weiteren 3 Abstellplätzen an die Fa. Swietelsky

Nach erfolgter Beratung in der Sitzung vom 4. Mai 2005 wird vom Planungs- und Verkehrsausschuss folgende Verkehrsangelegenheit beantragt

Verpachtung von weiteren 3 Abstellplätzen (insgesamt 8 Stellplätze) an die Fa. Swietelsky, Zweigstelle Landeck, Urichstraße 6, entlang der Nordseite der Gpn. 1902/1 und 1895/4 (Fußballplatz bzw. Parkanlage beim Kindergarten Urichstraße) im Anschluss an die bereits verpachteten. Die Verpachtung erfolgt bis auf jederzeitigen Widerruf, zu den monatlichen Kosten der 2. Anrainerparkkarte (indexgesichert) sowie den sonstigen üblichen Bedingungen für Verpachtungen der Stadtgemeinde Landeck. Eine Weiterverpachtung durch die Fa. Swietelsky ist ausdrücklich ausgeschlossen.

Die durch die Erweiterung des Parkstreifens entstehenden Stellplätze, die nicht an die Firma Swietelsky verpachtet werden, sollen in die bestehende Kurzparkzone aufgenommen werden.

Der Gemeinderat wird um Beschlussfassung ersucht.

St.R. Bock erwähnt, dass es zu begrüßen sei, wenn eine Firma in Landeck bleibe und dort investiere und finde er es richtig, dass die Gemeinde die Firma im Rahmen ihres Möglichen unterstütze. Auf der Gegenseite handle es sich hierbei um eine Fläche, in einem dicht bebauten Gebiet und müsse man um jeden m² öffentlichen Grund froh sein. Wenn nun diese Flächen nach und nach für Parkplätze herangezogen werden, bleibe bald kein Platz für öffentliche Spielplätze und Bewegungsraum für die Bevölkerung mehr. Dies sollte in seinen Augen nicht unberücksichtigt bleiben.

St.R. Ing. Wolf bemerkt hiezu, dass man sich die Stellplatzverordnung wieder einmal vornehmen müsse.

St.R. Bock plädiert dafür, diese nach Möglichkeit noch vor dem Baubeginn der Wohnanlagen in Bruggen zu überarbeiten.

Im übrigen erklärt sich der Gemeinderat mit vorliegendem Antrag einstimmig einverstanden.

Pkt. 5) der TO.: **Antrag des Umweltreferates**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Umwelt- und Agrarausschusses, GR. Huber, den Vortrag. Er verliest nachstehenden Antrag an den Gemeinderat:

Laut § 1 Abs. 2 der Tiroler Waldordnung kann durch Verordnung des Landeshauptmannes aus dem Gebiet mehrerer Gemeinden ein Forstaufsichtsgebiet gebildet werden, wenn es zur besseren Besorgung der Aufgaben nach Abs. 1 zweckmäßig ist.

Für den Zusammenschluss spricht, dass die anfallenden Arbeiten durch den Einsatz elektronischer Hilfsmittel wie elektronische Messkluppe (für das Holzabmaß) bzw. EDV effizienter und zeitsparender durchgeführt werden können. Im gegenständlichen Fall kommt noch dazu, dass die Agrargemeinschaftsmitglieder der Agrargemeinschaft Stanz auch Mitglieder der Agrargemeinschaft-Zehentschaft Landeck/Stanz sind. Alle diese Argumente sprechen für eine Zusammenlegung der beiden Forstaufsichtsgebiete.

Der Gemeinderat von Stanz hat eine Zusammenlegung befürwortet und in der Sitzung vom 24.02.05 beschlossen. Der monatliche Arbeitseinsatz für das Forstgebiet Stanz könne – nach Aussage von DI Peter Hauser – dadurch von derzeit 30 auf 20 Monatsstunden reduziert werden. Der Waldaufseher von Landeck, Werner Schlatter, ist derzeit zu 100 % beschäftigt (40 Wochenstunden). Die Arbeitszeit im Forstaufsichtsgebiet Landeck wird einvernehmlich mit DI Hauser (Bezirksforstinspektion) reduziert.

Es wird beantragt, die obangeführte Zusammenlegung beschließen zu wollen.

Mit vorliegendem Antrag erklärt sich der Gemeinderat einstimmig einverstanden.

Pkt. 6) der TO.: **Antrag des Schul- und Kindergartenausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Schul- und Kindergartenausschusses, Bgmstv. Mag. Weiskopf, den Vortrag. Er verliest nachstehenden Antrag an den Gemeinderat:

Die VS Perjen beabsichtigt im kommenden Schuljahr eine ganztägige Schulform auf freiwilliger Basis als Schulversuch einzurichten. In der Sitzung am 17.03.2005 hat die Direktorin der VS Perjen dem Schul- und Kindergartenausschuss dieses Projekt vorgestellt; der Ausschuss hat sich einstimmig für die Unterstützung dieses Projektes ausgesprochen. Dabei wurde der Wunsch geäußert, dass auch Schüler der Schulsprengel Angedair und Bruggen miteinbezogen werden sollten.

Nunmehr sind alle notwendigen Vorarbeiten, wie die Elternbefragung, die Abstimmung im Lehrerkollegium und die Stellungnahme des Bezirksschulinspektors, abgeschlossen. Leider war in Angedair und Bruggen die Anmeldung zu gering, so dass das Projekt nur für eine Gruppe in der VS Perjen beantragt werden kann.

Da der Schulerhalter den Antrag auf Genehmigung dieses Schulversuches beim Land Tirol stellen muss, wird um Zustimmung durch den Gemeinderat ersucht.

Vizebgm. Mag. Weiskopf berichtet, dass es im Zuge der Diskussionen bei der Zukunftskonferenz Überlegungen über die Einführung einer Ganztagesesschule gegeben habe. Nun beabsichtige die Volksschule Perjen den Versuch mit Beginn des Schuljahres 2005/06 zu starten. Auf Grund der Anmeldung kommen für den Besuch des Betreuungsteiles im Rahmen der ganztägigen Schulform mindestens 15 Schüler in Betracht und sei damit die Führung von mindestens einer Gruppe gesichert. Die Verpflegung der Schüler würde durch die Küche der Haushaltungsschule übernommen werden. Eine genaue Kostenrechnung sei derzeit noch nicht möglich. Grundsätzlich müsse der Schulerhalter für die Personalkosten aufkommen, man könne diese Kosten jedoch zur Gänze oder teilweise auf die Erziehungsberechtigten abwälzen. Die Kosten für ein Mittagessen werden ca. € 4,-- betragen. Abschließend ersucht er für vorliegendes Projekt die Zustimmung zu erteilen, damit der Antrag auf Genehmigung dieses Schulversuches beim Amt der Tiroler Landesregierung gestellt werden könne.

GR. Mag. Leitl findet die Initiative sehr gut und ist der Meinung, dass der Bedarf sicher gegeben ist. Er merkt an, dass laut Aussage von LR. Mitterer die Zahl der Anmeldung nicht unter 8 sinken dürfen und erachte er dies für eine großzügige Vorgangsweise.

GR. Reinalter erklärt, dass es für ihn die Definition wichtig sei, richtigerweise sollte man sich auf Ganztagesesschule einigen und nicht von einer Ganztagesbetreuung sprechen. Seiner Meinung nach sollte der Unterricht sowohl am Vormittag als auch am Nachmittag stattfinden.

St.R. Bock zeigt sich über den vorliegenden Antrag doch etwas verwundert, da es seiner Meinung nach im Schul- und Kindergartenausschuss nie eine Beschlussfassung darüber gegeben habe. Grundsätzlich sei die Einführung einer Ganztagesesschu-

le positiv zu sehen, unter der Voraussetzung, dass es eine breite Zustimmung von den Eltern und Kindern gebe. Laut seinen Informationen seien die vorliegenden Anmeldungen jedoch nur Absichtserklärungen und wäre es für ihn interessant zu wissen, wie sich die Liste zusammenstelle (Anteil der einheimischen Kindern zu Gastkindern, usw.) Des weiteren seien auch die Kosten zu eruieren, welche im Rahmen dieses Schulversuches auf die Stadtgemeinde Landeck zukommen.

Zur Wortmeldung von Gr. Reinalter bemerkt St.R. Bock, dass ein Regelunterricht am Nachmittag Zwang für Nachmittagsunterricht heißen würde. Er würde sich dagegen aussprechen und sollen die Eltern selbst entscheiden können, was ihre Kinder am Nachmittag tun. Es sei für Kinder auch wertvoll ihre Freizeit am Nachmittag zu Hause verbringen zu können.

Bgmstv. Mag. Weiskopf erklärt, dass sich der Schul- und Kindergartenausschuss nach eingehender Beratung für die Unterstützung dieses Projektes ausgesprochen habe. Um nicht unter Zeitdruck zu geraten, habe er sodann beschlossen, diesen Antrag bereits in der heutigen Gemeinderatssitzung zu stellen. Zur Liste erklärt er, dass es sich hiebei um definitive Anmeldungen handle. Insgesamt haben sich 25 Schüler angemeldet, 18 davon einheimische und 7 türkische Kinder.

In weitere Folge kommt es auch zu einer kurzen Diskussion über die Auflösung der Schulsprengel. Es wird festgestellt, dass im Ausschuss Überlegungen angestellt werden müssen, damit auch Kinder von Bruggen und Angedair die Teilnahme am Schulversuch ermöglicht werde.

GR. Mag. Leitl regt an, dass auch Überlegungen wegen Gewährung einer finanziellen Unterstützung für bedürftige Familien bzw. für Alleinerzieher angestellt werden sollten.

Dazu bemerkt St.R. Ing. Wolf, dass das AMS eine Elterförderung in Härtefällen gewähre, ebenso gebe es eine Jugendförderung, welche bei der Bezirkshauptmannschaft in Härtefällen beantragt werden könne.

Der Vorsitzende bedankt sich abschließend bei der Direktorin der VS Perjen für ihre Initiative sowie allen Beteiligten für die Unterstützung. Er ist überzeugt davon, dass dieses Projekt nach einer kurzen Einführungsphase sehr gut angenommen werde.

Letztlich wird vom Gemeinderat vorliegender Antrag des Schul- und Kindergarten-ausschusses einstimmig angenommen.

Pkt. 7) der TO.: **Antrag des Wirtschaftsausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt die Obfrau des Wirtschaftsausschusses, GR. Handle, den Vortrag. Sie verliest nachstehenden Antrag an den Gemeinderat:

Der Wirtschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat möge der Einführung von Parkmünzen zu nachstehenden Konditionen zustimmen sowie den Wirtschafts-

ausschuss ermächtigen, sich um die detaillierte Ausarbeitung dieses Projektes zu kümmern.

Der Wirtschaftsausschuss hat sich in seiner letzten Sitzung vom 26. April 2005 einstimmig für die Einführung von Parkmünzen ausgesprochen:

- Prägung der Münzen nach dem Schema:
 - Vorderseite: Landeck – Parkmünze + das Wappen von Landeck
 - Rückseite: Einkaufsstadt Landeck + P (Zeichen für Parkplatz)
- Prägungsmenge: 20.000 Stück
- Wert der Münze: 70 Cent (zu diesem Preis wird die Parkmünze auch an die Betriebe weitergegeben, Sonderkonditionen für die Leistungsgemeinschaft sind denkbar und nach Einführen der Parkmünzen seitens der Leistungsgemeinschaft mit dem Finanzausschuss auszuhandeln)
- Parkzeit mit dieser Münze:
 - Zentrum, Stadtplatz: 1 Stunde
 - Marktplatz, Schulhauptplatz, Urichstraße: 1 1/2 Stunden
 - Tiefgarage 1 ¼ Stunde
 - Sonderkonditionen für die Tiefgarage: € 0,30 der Parkgebühren in der Tiefgarage übernimmt die Stadtgemeinde (Mindestparkgebühr ist € 1,00)
- Kosten:
 - o € 185,00 einmalig pro Prägeseite
(gesamt € 370,00 da doppelseitige Prägung)
 - o Bestellung von 20.000 Stück Parkmünzen (à € 0,18): € 3.600,00
 - o Umstellung der Parkautomaten: € 2.450,00
 - o Gesamtkosten: € 6.420,00

Sie erklärt weiters, dass sich der Wirtschaftsausschuss vorerst mit dem Vorschlag – „eine Stunde gratis parken“ auseinandergesetzt habe. Nach mehrmaligen Beratungen habe sich der Ausschuss sodann mehrheitlich gegen eine solche Einführung ausgesprochen und wurde in weiterer Folge über Alternativen nachgedacht. Mit vorliegendem Antrag ermögliche man nunmehr den Betrieben, die Parkgebühren ihren Kunden in Form von Parkmünzen zu retournieren. Der Obmann der Leistungsgemeinschaft, Herr Winkler, werde sich um eine gute Vermarktung bemühen.

GR. Reinalter regt an, dass man auch Betriebe, welche nicht Mitglied der Leistungsgemeinschaft sind, ansprechen sollte, damit auch diese in den Genuss der Parkmünzen kommen können.

St.R. Bock bedankt sich bei der Obfrau des Wirtschaftsausschusses für ihre Initiative. Vorliegender Antrag sei zu unterstützen, dennoch ist er nach wie vor der Meinung, dass eine Stunde gratis parken im Stadtgebiet eine enorme Hilfe für die Handels- und Dienstleistungsbetriebe gewesen wäre. Mit der Einführung der Parkmünzen werde die Last wieder auf die Unternehmerschaft umgewälzt, dies unterstreiche nicht gerade die Wirtschaftsfreundlichkeit der Stadt. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Missstände der Stadt. Am Innparkplatz bestehe großer Sanierungsbedarf, auch die Gestaltung des neu gewonnen Stadtplatzes sei äußerst dürftig. Zudem ersucht er den Vorsitzenden, die Plakatiertätigkeit in diesem Bereich einzustellen.

len. Er würde sich wünschen, dass zumindest ein Teil der eingehobenen Parkgebühren in die Strukturen des Innparkplatzes reinvestiert werde. Außerdem verweist er auch auf das „Provisorium“ zwischen Hotel Schrofenstein und der Volksbank, welches mittlerweile seit 8 Jahren bestehe. Sollte sich, trotz des Optimismus manches Mandatars, ein Baubeginn der Alpenländischen Heimstätte am Wienerwald-Areal weiter hinauszögern, ersucht er gezielte Maßnahmen zu treffen, um ein ansprechendes Bild in diesem Bereich zu erhalten. Er würde sich bereit erklären, etwas zu initiieren.

Der Vorsitzende sichert zu, dass er sich wegen Verbesserungsmaßnahmen am Wienerwaldparkplatz mit dem Besitzer absprechen werde. Zur angesprochenen Plakatiertätigkeit erklärt er, dass dies nicht in seinem Wirkungskreis liege, er werde sich diesbezüglich mit der Bundesstraßenverwaltung in Verbindung setzen.

St.R. Ing. Wolf bemerkt, dass Stadtpolizist Wolfgang Köhle im Ausschuss ausführlich über die vorherrschende Parkraumbeschaffung bzw. Parksituation in Landeck berichtet habe. Die Einführung von einer Stunde gratis parken würde zu massiven Einnahmehausfällen führen und würde fast einem wirtschaftlichen Selbstmord gleichkommen.

St.R. Mag. Jenewein weist den Vorwurf, der angeblich mangelnden Wirtschaftsfreundlichkeit der Stadt zurück und betont, dass die Stadt sowohl die Kosten der Anschaffung als auch den laufenden Verwaltungsaufwand übernehme.

GR. Mag. Leitl erklärt, dass vorliegender Antrag seitens des AAB sehr begrüßt werde. Zum Thema Wienerwaldparkplatz bemerkt er, dass ein Baubeginn im Frühjahr 2006 realistischer erscheine. In diesem Zusammenhang äußert er seine Bedenken, nachdem der Vorstand der Alpenländischen Heimstätte bekannt gab, dass in der Citypassage 60 % der vorhandenen Fläche für Wohnzwecke genutzt werde. Nachdem auch in der Bruggfeldstraße der Bau von etlichen Wohnungen geplant sei, befürchte er, dass Landeck zu einer Wohnstadt verkommen könnte. Dies gehe für ihn in die falsche Richtung und ersucht er um ein Umdenken.

GR. Gerstgrasser bemerkt, dass bei Einführung einer Gratisstunde die Plätze ständig von Dauerparkern besetzt sein würden und dadurch auch nicht mehr Kunden nach Landeck gebracht werden könnten.

GR. Niederbacher bemerkt, dass in Landeck trotz großer Wohnbautätigkeit jedoch kein sozialer Wohnbau zu erwarten sei. Der Mietpreis in der geplanten Wohnanlage in Bruggen werde voraussichtlich bei ca. € 7,- pro m² liegen. Die Stadtgemeinde Landeck verfüge leider über keine Gründe, welche sie den Wohnungsgesellschaften bzw. den Wirtschaftstreibenden anbieten könnte.

Nach kurzer weiterer Diskussion lässt der Vorsitzende über vorliegenden Antrag des Wirtschaftsausschusses abstimmen und ergibt sich dafür Einstimmigkeit.

In weiterer Folge ersucht der Vorsitzende um die Aufnahme eines Zusatzantrages betreffend Festsetzung der Gebührenordnung.

Nachdem dies vom Gemeinderat zustimmend zur Kenntnis genommen wird, stellt der Vorsitzende den Antrag, der Gemeinderat möge die Gebührenfestsetzung, wie sie bereits in der Gemeinderatssitzung vom 16.12.2004 beschlossen wurde, in gleicher Form beibehalten und beschließen.

Die durchgeführte Abstimmung ergibt sodann 15 Pro- und 4 Gegenstimmen.

Pkt. 8) der TO.: **Antrag des Sozial- und Wohnungsausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Sozial- und Wohnungsausschusses, St.R. Niederbacher, den Vortrag. Er verliest nachstehenden Antrag an den Gemeinderat::

Der Sozial- und Wohnungsausschuss der Stadtgemeinde Landeck hat in seiner Sitzung vom 20.04.2005 nachstehend angeführte Wohnungen wie folgt vergeben und wird der Gemeinderat um nachträgliche Beschlussfassung ersucht:

die 2-Zi-Wohnung Brixnerstraße 12 (nach Eder) an
Djerdj BERISAJ, Pians, St. Margarethen 5,

die 2-Zi-Wohnung Salurnerstraße 16 (nach Biechl) an
Larissa DEUTSCHMANN, Landeck, Römerstraße 1,

die 3-Zi-Wohnung Kreuzgasse 25 (nach Pekar) an
Roland u. Ida WEBER, Landeck, Lötzweg 21 a,

die 3-Zi-Wohnung Lötzweg 21 a (nach Weber) an
Nicol FRITZ, Landeck, Lötzweg 21 a,

die 4-Zi-Wohnung der Donau Chemie in der Fischerstraße 124 (nach Jetz),
befristet auf 5 Jahre, an
Daniel TRENKWALDER, Zams, Hauptstraße 25 und

die 1-Zi-Wohnung Römerstraße 30 (nach Auer) an
Sabine FADUM, Landeck, Römerstraße 30.

Mit den beantragten Wohnungsvergabe erklärt sich der Gemeinderat einstimmig einverstanden.

Pkt. 9) der TO.: **Anträge, Anfragen und Allfälliges**

- a) Der Vorsitzende berichtet, dass die Leistungsgemeinschaft der Landecker und Zammer Betriebe beabsichtige, am 8. September 2005 wiederum eine Einkaufsnacht durchzuführen. Dabei soll den Besuchern eine verlängerte Einkaufsmöglichkeit bis 22:00 Uhr geboten werden. Auf Grund des neuen Öffnungszeitengesetzes ist eine positive Beschlussfassung im Gemeinderat notwendig, um in weite-

rer Folge beim Amt der Tiroler Landesregierung den Antrag auf Genehmigung der verlängerten Öffnungszeit auf Grund eines besonderen Anlasses einbringen zu können.

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für eine verlängerte Öffnungszeit im Zuge der Einkaufsnacht am 08.09.2005 aus.

- b) GR.-Ers. Ing. König verweist auf das Bauprovisorium bei der Stiege zwischen Straudi und Haag und ersucht er um unverzügliche Beseitigung dieses Misstandes und rasche Anbringung eines Geländers.

Der Vorsitzende sichert zu, dies gleich morgen in Auftrag zu geben.

- c) GR.-Ers. Ing. König fragt an, ob es nicht sinnvoll wäre bei der Bezirkshauptmannschaft den Antrag zu stellen, die Schulsprengelfestlegung in Landeck aufzuheben.

Der Vorsitzende bemerkt, dass man sich in nächster Zeit noch mit dieser Frage auseinandersetzen werde.

- d) GR. Mag. Leitl erkundigt sich nach dem Fortschritt der Umbauarbeiten im Schloss Landeck und fragt an, ob mit Mehrkosten zu rechnen sei. Außerdem stellt er die Frage, ob es nicht noch eines Gemeinderatsbeschlusses für die Umbauarbeiten bedürfe, denn seiner Meinung nach gebe es nur einen Beschluss für die Verwendung von € 50.000,-- aus dem Überschuss 2003.

GR. Lunger teilt mit, dass es bereits einen Gemeinderatsbeschluss gebe und gebe es zusätzlich einen Bauausschuss, welcher sich aus Mitgliedern aller Fraktionen zusammensetze. Ausgeschrieben worden seien bisher die Baumeister-, Elektro- und Restaurierungsarbeiten. Derzeit laufe alles nach Plan und sei bis jetzt alles gedeckt.

Der Vorsitzende teilt mit, dass es eine entsprechende Vereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Landeck und dem Bezirksmuseumsverein gebe, in welchem die Stadt den Bezirksmuseumsverein beauftragt habe, die Umbauarbeiten durchzuführen.

- e) GR. Ing. Hittler erkundigt sich, ob es üblich sei, dass bei Entsorgung des Strauchschnittes im Wertstoffhof bei bestimmten Personen nicht abgewogen werde. Er ersucht um diesbezügliche Überprüfung und strikte Anweisung.
- f) GR. Lunger verweist auf den neuen Veranstaltungskalender der Stadtgemeinde Landeck, in welchem die Termine aller Ausstellungen, Konzerte und sonstigen Veranstaltungen auf einen Blick zu erkennen sind. Gleichzeitig bedankt sie sich bei all jenen, die an der Erstellung dieses Kalenders mitgearbeitet haben, insbesondere bei Vizebgm. Mag. Weiskopf. Ebenso bedankt sie sich bei den zahlreichen Sponsoren, ohne die eine Verwirklichung dieses Kalenders nicht möglich gewesen wäre.

- g) St.R. Bock erklärt, dass er aus der Presse entnommen habe, dass auf der Öd geplant sei, Parkgebühren einzuführen. Er stellt die Anfrage, ob diese Umsetzung unmittelbar bevorstehe bzw. wann mit der Einhebung von Parkgebühren auf der Öd zu rechnen sei.

Der Vorsitzende erklärt, dass man im Zusammenhang mit dem Bau der Tiefgaragenplätze auf der Öd über eine Einführung von Parkgebühren nachgedacht habe. Konkret sei jedoch noch nichts.

St.R. Ing. Wolf erklärt, dass man im Planungsausschuss darüber ausführlich diskutieren werde und ist er der Meinung, dass im gesamten Stadtgebiet einheitliche Bedingungen geschaffen werden sollten.

- h) St.R. Ing. Wolf verweist auf eine DVD der ÖBB, welche eine Dokumentation sämtlicher Bautätigkeiten der ÖBB beinhalte und bei ihm ausgeliehen werden könne.

ENDE DER ÖFFENTLICHEN SITZUNG!